

DIE GRÜNEN IM LANDTAG INFORMIEREN



Hans Mönninghoff, MdL

Hannover, 4.11.87

Aktionsprogramm für eine umweltfreundliche Abfallpolitik

Während die Landesregierung ausschließlich damit beschäftigt ist, gegen den örtlichen Widerstand die Kapazität umweltgefährdender Müllbeseitigungsanlagen (Kavernen, Verbrennungsanlagen, Deponien) zu erhöhen, legen die Grünen heute ein Maßnahmenpaket zur drastischen Reduzierung der Müllmengen vor. Es besteht aus:

1. Einem Gesetzentwurf für ein neues Niedersächsisches Abfallgesetz
2. Einer Bundesratsinitiative zur Verschärfung des Abfall- und Immissionsschutzrechtes des Bundes in Richtung Abfallvermeidung
3. Eine Serie von Einzelanträgen zur Vermeidung und Verwertung der wichtigsten Giftmüll-Stoffgruppen in Niedersachsen (Lackschlämme, Salzschlacken usw.)

Zur Abfallgesetz-Novelle

Aufgrund der Änderung des Bundesabfallgesetzes ist es seit einem Jahr erforderlich, das Niedersächsische Ausführungsgesetz im Abfallbereich zu novellieren. Der von den Grünen vorgelegte Entwurf hält sich im Rahmen, der durch die Bundeskompetenz vorgegeben wird, nutzt aber den Handlungsspielraum des Landes soweit wie möglich in Richtung auf eine umweltschonende Abfallpolitik aus. Dabei steht ganz im Vordergrund, daß Abfälle gar nicht erst erzeugt werden und die nicht vermeidbaren Mengen wiederverwertet werden.

Die wichtigsten Regelungen im einzelnen

1: Alle Landkreise werden verpflichtet, kurzfristig ihre Müllabfuhr so umzustellen, daß sogenannte Wertstoffe, Kompost und Restmüll getrennt eingesammelt werden. Die Gemeinden werden verpflichtet, in ihrer Zuständigkeit anfallenden organischen Müll zu kompostieren. Die Müllgebühren werden so umgestellt, daß Müllvermeidung nicht länger finanziell bestraft wird: wer wenig Müll liefert, soll in Zukunft auch weniger zahlen.

Alle Unterlagen des Landtags sind zu informieren!

2. Die Landkreise (für den Hausmüll und den hausmüllähnlichen Gewerbemüll) und das neu zu schaffende Landesamt für Abfall (für den Giftmüll) stellen AbfallberaterInnen ein, die Haushalte und insbesondere die Industrie- und Gewerbebetriebe bei der Müllvermeidung beraten. Alle Landes- und Kommunalbehörden selber übernehmen Vorbildfunktionen sowohl beim Einkauf von Produkten als auch bei der Müllbeseitigung.

3. Der gesamte Giftmüllbereich (der Gesetzentwurf spricht weiterhin vom Sondermüll, weil er den Rahmen des Bundesgesetzes einhält) wird wegen der mit ihm verbundenen hohen Umweltgefährdung der freien Verfügung durch die Giftmüllproduzenten entzogen. In Zukunft kann sich der Giftmüll nicht mehr nach den Marktgesetzen den billigsten und meist umweltgefährdendsten Beseitigungsweg suchen. Zuständig für die gesamte Koordination im Bereich Giftmüll-Verwertung und Beseitigung ist in Zukunft eine landeseigene Gesellschaft, der alle in Niedersachsen produzierten Giftmüllmengen zu melden sind. Diese landeseigene Gesellschaft betreibt auch die Giftmüllbeseitigungsanlagen und z.T. Verwertungsanlagen und es besteht, wie es beim Abwasser seit vielen Jahren selbstverständlich ist, eine Anschluß- und Benutzungspflicht. Besteht nach dem heutigen Stand der Technik keine Vermeidungs- oder Verwertungsmöglichkeit der Abfälle, so entscheidet die Gesellschaft in Zusammenarbeit mit der Abfallbehörde über zwei Alternativen: ist eine umweltneutrale Endlagerungsmöglichkeit vorhanden, dann übernimmt die Gesellschaft den Abfall ohne Bedingungen; ist sie nicht vorhanden, so wird der Giftmüll in für die jeweiligen Stoffgruppen geeigneten Bauwerken unter voller Beibehaltung der Verantwortung der Erzeuger zwischengelagert.

4. Es wird ein Landesamt für Abfall geschaffen, das 1) technische Fachbehörde für alle Müllprobleme ist (u.a.: zuständig für die Altlastensanierung), und 2) Genehmigungsbehörde für den Bereich Giftmüll ist. Dieses ist eine der Konsequenzen des 9. Untersuchungsausschusses des Landtages, der gezeigt hat, daß die bisher zuständigen Landkreise mit der Überwachung der Giftmülldeponien, ich erinnere an Münchenhagen, hoffnungslos überfordert sind.

5. Das neue Abfallgesetz enthält eine Fülle weiterer Detailregelungen, u.a. um bei den erforderlichen Genehmigungs- und Planfeststellungsverfahren eine korrekte Bürgerbeteiligung zu gewährleisten, insbesondere zu nennen ist die Einführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung und des Verbandsklagerechtes für Bürgerinitiativen und Umweltverbände.

Alle bisher genannten Punkte befinden sich, wie schon gesagt, im Rahmen des geltenden Bundesrechtes, so daß verschiedene Schritte in Richtung Müllvermeidung und umweltfreundlicher Müllbeseitigung des Restes im Gegensatz zur Politik der derzeitigen Landesregierung, die ausschließlich auf die Ausweitung der Beseitigungskapazität setzt, möglich sind. Noch weitergehende Schritte, die sinnvoll und dringend notwendig wären, sind auf Landesebene jedoch nur möglich, wenn die Vorschriften auf Bundesebene entsprechend geändert werden. Hierzu bringen die Grünen eine Bundesratsinitiative ein, die folgende wesentliche Punkte enthält:

- eine Verschärfung des Bundesabfallrechtes in Richtung Vermeidung
- die Einschränkung der Müllverbrennung
- ein Vermischungsverbot für Abfälle allgemein und insbesondere die Getrenntlagerung von Stoffen, die zukünftig wertvolle Rohstoffe sein können
- eine bundeseinheitliche technische Anleitung 'Abfallvermeidung', die u.a. für Industrie und Gewerbe einen Mindeststandard in diesem Bereich festschreibt. Nur so können die schon heute bestehenden Möglichkeiten nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz durchgesetzt werden, wonach Firmen keine Produktionsgenehmigung erhalten bzw. diese zurückgezogen wird, wenn sie dabei unnötige Abfälle produzieren.

Dritter Strang unserer Abfallvermeidungsinitiative ist eine Serie von Entschließungsanträgen zu einzelnen Stoffgruppen, bei denen heute durch niedersächsische Aktivitäten drastische Reduzierungen möglich wären. Wir beginnen mit einem im Januar einzubringenden Antrag zum Recycling der Aluminium-Salzschlacke (aus dem IMPEX-Skandal bei Göttingen ist dieses Problem bekannt). In Nordrhein-Westfalen arbeitet eine große technisch ausgereifte Anlage zur Salzschlackenaufarbeitung; wir fordern den Bau einer solchen Anlage auch in Niedersachsen und die Aufgabe der Planungen, diese 30.000 t, die jährlich in Niedersachsen anfallen, in Kavernen zu verscharren. Folgen werden danach in 2-Monats-Abständen Anträge zu den Bereichen Lackschlämme, Galvanikabfälle, Formsande und Bau-schutt.

An all diesen Punkten steht die Landesregierung am Scheidewege: entweder sie macht so weiter wie bisher und setzt ungehemmt auf den Ausbau von Beseitigungskapazität: Verbrennungsanlagen in Emden, Georgsmarienhütte, Dollbergen, und Oker-Harlingerode; Kavernen mit 100.000 m³ Jahresleistung und Tondeponien in Hoheneggelsen und Dolgen-Schwichelt.

Oder: entschiedene Anstrengungen zur Giftmüllvermeidung.

Einen Kompromiß gibt es in den meisten Fällen nicht: entweder man baut in

den nächsten Jahren eine Salzschlacken-Aufarbeitungsanlage oder man baut die entsprechende Kavernenkapazität; entweder man vermeidet innerhalb von fünf Jahren 80% der Lackschlammproduktion oder man baut in der gleichen Zeit Verbrennungskapazität für die jährlich in Niedersachsen anfallenden ca. 30.000 m³. Wir fordern die Landesregierung auf, umgehend die überstürzten und umweltgefährdenden Pläne aufzugeben und den richtigen Weg zu gehen.

Hannover / Schwerpunkt liegt bei Vermeidung und Verwertung **Niedersachsens Grüne legen Entwurf für Müllgesetz vor**

Giftige Abfälle sollen künftig nur dann deponiert oder zwischengelagert werden, wenn die Erzeuger nachweisen, daß weder Vermeidung noch Verwertung möglich ist. Dies sieht ein Entwurf für ein neues Niedersächsisches Abfallgesetz vor, den die Landtagsfraktion der Grünen jetzt vorgelegt hat.

Mit einem Paket von Vorschlägen wollen die Grünen die Diskussion um eine Verringerung der Müllmengen beleben. Neben dem Gesetzentwurf gehören dazu eine Bundratsinitiati-

ve zur Abfallvermeidung sowie eine Reihe von geplanten Einzelanträgen zur Vermeidung und Verwertung wichtiger Giftmüll-Stoffe in Niedersachsen.

Die Giftmüllentsorgung wollen die Grünen künftig unter der Kontrolle eines Landesamtes für Abfall sehen. Abfallberater sollen in den Landkreisen Haushalte, Industrie und Gewerbe beraten. Landesweit soll nach ihren Vorstellungen kurzfristig auf getrennte Müllsammlung umgestellt werden. Die Grünen treten außerdem dafür ein, die

Müllgebühren je nach Müllmenge zu erheben.

Eine Novelle des Niedersächsischen Abfallgesetzes sei bereits seit einem Jahr durch das neue Bundesabfallgesetz vorgeschrieben. Seitens der Landesregierung liege noch nicht einmal ein Referentenentwurf vor, kritisierte er. Der Grüne räumte ein, daß auch eine neue, umweltfreundliche Abfallpolitik zunächst nicht ohne Deponien oder Zwischenlager auskommen wird, doch Umweltgefahren müßten ausgeschlossen werden.

Handwritten notes:
Jahres
Abfallmüll,
1987
1200 Müll
zu 100.000

Handwritten signature:
A. Ender Zeitung 19. 11. 87

NORD-REPORT - Ausschnittdienst

Redaktionsbüro ROLF ZICK · Hohenzollernstr. 22 · 3000 Hannover 1
Telefon 05 11 - 34 25 55

10. Hannoversche Allgemeine Zeitung mit Regionalbeilagen
 - a) Landkreis-Zeitung
 - b) Leine-Zeitung
 - c) Burgdorfer Tageblatt Lehrter Tageblattmit:
 1. Alfelder Zeitung
 2. Aller-Zeitung / Wolfsburger Allgemeine
 3. Bad Lauterberger Tageblatt
 4. Die Harke, Nienburg
 5. Einbecker Morgenpost
 6. Gandersheimer Kreisblatt
 7. Göttinger Tageblatt
 8. Harzburger Zeitung
 9. Hildesheimer Allgemeine Zeitung
 10. Peiner Allgemeine Zeitung
 11. Rotenburger Kreiszeitung
 12. Seesener Beobachter
 13. Täglicher Anzeiger, Holzminden
 14. Walsroder Zeitung
 15. Schaumburger Nachrichten
11. Neue Presse, Hannover
12. Kreiszeitung Hoya, Syke mit:
 1. Verdener Aller-Zeitung, Verden
 2. Diepholzer Kreisblatt
13. Landeszeitung für die Lüneburger Heide (Niedersächsisches Tageblatt, Lüneburg) mit:
 1. Allgem. Zeitung der Lüneburger Heide, Uelzen
 2. Böhme-Zeitung, Soltau
 3. Elbe-Jeetzel-Zeitung, Lüchow
 4. Isenhamer Kreisblatt, Wittingen
 5. Winsener Anzeiger
14. Münsterländische Tageszeitung, Cloppenburg

Fachkonferenz mit Abgeordneten der Grünen

Weiter Widerstand gegen Giftmüll-Verbrennung

lni. Hannover. Die Grünen werden bundesweit allen Plänen, die neue Giftmüll-Verbrennungsanlagen zu bauen, entschieden Widerstand entgegenzusetzen, solange nicht alles getan werde, um die anfallenden Müllmengen drastisch zu verringern und die Bevölkerung vor Emissionen der Anlagen zu schützen. Dies ist das Ergebnis einer Fachkonferenz in Hannover, an der Mitglieder der Bundestags- und Landtagsfraktionen der Grünen sowie Vertreter von Bürgerinitiativen teilnahmen.

Wie die Fraktion der Grünen im Niedersächsischen Landtag nach der Konferenz mitteilte, bestünden gegenwärtig Pläne, bundesweit mindestens 15 neue Giftmüllverbrennungsanlagen sowie eine Vielzahl von Hausmüll- und Klärschlammverbrennungsanlagen zu bauen. Die Grünen halten es für richtiger statt dessen ein umfangreiches Maßnahmenpaket

zur Verringerung von Müll durch Produktionsumstellungen und zur Förderung umweltschonender langlebiger Produkte sowie für ein Verbot krebserregender Stoffe zu erarbeiten und die Zahl von Chemikalien zu reduzieren. Von den heute zugelassenen umweltgefährdenden halogenisierten Kohlenstoffverbindungen seien nur 50 bis 80 für die gegenwärtige Industrieproduktion unverzichtbar.

Die Grünen würden unter streng eingegrenzten Kriterien einer Verbrennung von Giftmüll innerhalb einer Reparatur- und Übergangstechnik nur dort zustimmen, wo Landesregierungen nachweislich entscheidende Schritte zur Müllvermeidung praktizierten. Es müsse auch sichergestellt sein, daß in den Verbrennungsanlagen alle organischen Verbindungen vollständig vernichtet würden und nicht über Schornsteine in die Umwelt gelangen könnten.

'Grüne werfen der SPD verworrene Haltung vor

Bartels: Beratungen im Ausschuß abwarten

Ostfriesland. Der umweltpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Uwe Bartels, hat eine Beratung über die Sondermüllendlagerung in Salzkavernen im Umweltausschuß des Landtages gefordert, bevor das Umweltministerium über Standorte in Ostfriesland eine endgültige Entscheidung trifft. Es sei notwendig, die standortunabhängigen Fragen der Lagerung von Sondermüll in Salzstöcken wissenschaftlich zu untersuchen und zu überprüfen, welche anderen Salzstöcke in Niedersachsen in Frage kämen.

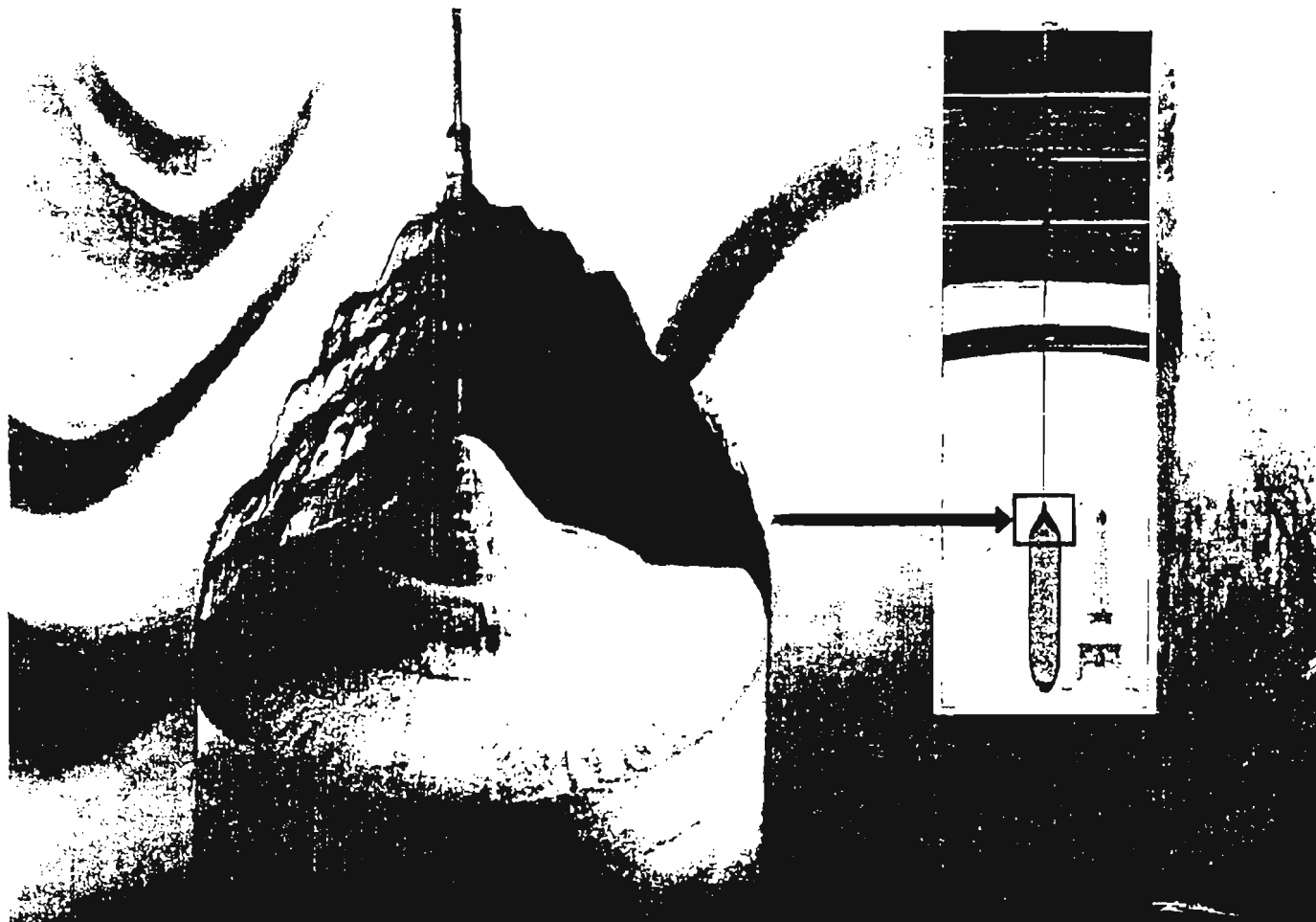
Als „verworfen“ bezeichnete der umweltpolitische Sprecher der Grünen Landtagsfraktion, Hans Mönninghoff, die Haltung der SPD zu den Planungen im Sondermüllbereich. Es sei völlig widersprüchlich, wenn der Landesvorsitzende Bruns jetzt einer Sondermüllverbrennungsanlage in Emden zustimme, während seine Partei noch vor wenigen Monaten im Landtag gefordert habe, keinerlei Standortentscheidungen zu fällen, bevor die Landesregierung ein geschlossenes Konzept zur Sondermüllminimierung vorlege.

Während die SPD in Georgsmarienhütte Verbrennungspläne weiterhin ablehne, stimme

die Partei in Emden der Anlage zu. Dies sei nur in dem Zusammenhang zu verstehen, daß die Entscheidung der SPD nicht von der Sache geprägt sei, sondern vom Bestreben, der Landes- und Bundes-CDU zu gefallen, damit die Millionen für den Dollart-hafen doch noch nach Emden fließen.

Insbesondere die Aussage der SPD, sie würde dem Verbrennungsprojekt nur zustimmen, wenn dieses nicht mit dem geplanten Kavernenprojekt verbunden sei, sei scheinheilig, so der Abgeordnete der Grünen. Tatsächlich wisse die SPD genau, daß ein enger Zusammenhang zwischen Kavernen- und Verbrennungsprojekt besteht, denn aus Emden sollen nach den Planungen der Landesregierung die Rückstände aus der Verbrennungsanlage in den Kavernen „verscharrt“ werden. Die von der SPD eingebrachte Forderung, der Sondermüll müsse rückholbar eingelagert werden, sei unsinnig, weil das Kavernenprinzip gerade die Nicht-rückholbarkeit beeinhaltet. Jetzt brauche die Landesregierung nur zu behaupten, in Zukunft sei es bergmännisch möglich, den Sondermüll zurückzuholen und schon könne die SPD zustimmen.

Weil Sicherheit ganz oben steht, sollte die Lösung „unten“ liegen.



Jeder Produktionsprozeß läßt Abfälle zurück. Da wir eine besonders produktive Gesellschaft sind, produzieren wir besonders viele Abfälle. Manche sind harmlos, manche nicht. Und so wächst mit der Produktion auch das Deponie-Problem.

Was können wir tun? Wir von PREUSSAG – viel.

Unsere Beteiligungsgesellschaft KBB hat die Technik, auch gefährlichen Abfall sicher unter die Erde zu bringen – in tief gelegene Salzkavernen. Das ist sozusagen der natürliche Weg. Denn die Salzformationen sind undurchlässig, haben große Entfernung zum Grundwasser und bilden eine geologische Barriere gegen die Biosphäre. So können wir mit Technik helfen, ein großes Problem zu entschärfen. Es geht. Ganz sicher.



PREUSSAG

Zukunft für Ideen - Konzepte für die Zukunft